

SPÖ Gemeinderatsfraktion
Betr.: Stellungnahme zu TOP 7 „Brief Mag. Kocourek“

Atzenbrugg, am 8. Juni 2021

Schriftliche STELLUNGNAHME der SPÖ-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 7 der Gemeinderatssitzung vom 8. Juni 2021: "Brief Mag. Kocourek"

Der Tagesordnungspunkt 7 behandelt einen Brief von Mag. Katerina Kocourek vom 27. Mai d.J. an den Gemeinderat der Markgemeinde Atzenbrugg. Dieser Brief hat zwei Themen zum Inhalt:

- 1. Glasfaserausbau in der Gemeinde Atzenbrugg sowie**
- 2. Zieselvorkommen beim öffentlichen Badesee Trasdorf**

Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Glasfaserausbau in der Gemeinde Atzenbrugg

Frau Mag. Kocourek bemängelt, wie auch viele andere GemeindebürgerInnen, die in der Gemeinde vorrangig vorhandene Internetanbindung mittels Kupferkabel. Der leistungsstarke Glasfaseranschluss ist bei uns nur für neu gebaute Wohnanlagen und Straßen vorgesehen. Dieser Glasfaseranschluss bietet eine weitaus größere Datenübertragungsgeschwindigkeit, größere Datenmengen und höhere Zuverlässigkeit als der Kupferkabelanschluss. Dass der Anschluss via Kupferkabel vor allem in den Monaten der Pandemie mit Home-Office, Streaming, Downloads oft an seine Grenzen gestoßen ist, haben viele in der Gemeinde bemerkt. Und dieser Bedarf wird in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen - in Privathaushalten, den Unternehmen und der Landwirtschaft.

Bis 2020 wurden in unserer Gemeinde rund 300 Haushalte mit Glasfaserleitung versorgt, z.B: in der Lehrnergasse, Birkenweg, Kiefernweg, Weidengasse. Aber der Rest der etwa 1300 Gemeinde-Haushalten muss sich für unbestimmte Zeit mit den herkömmlichen, weniger leistungsstarken Kupferkabelanschlüssen begnügen. Dass der Ausbau bzw. Umstieg auf Glasfaser mit hohen Kosten (vor allem bei den Tiefbauarbeiten) verbunden, ist klar, aber die **Vorteile einer gut ausgebauten, digitalen Infrastruktur müssen für alle BürgerInnen gegeben sein** und nicht nur für einen Teil. Das Glasfasernetz muss, wie auch Straßennetz oder Kanalisation, als Basisinfrastruktur gesehen werden.

Die NÖGIG (NÖ Glasfaserinfrastrukturgesellschaft) treibt im Auftrag des Landes NÖ den Glasfaserausbau im ländlichen Raum NÖs voran und übernimmt dabei die Kosten für die Errichtung und Verwaltung der Infrastruktur. Im offenen Netz der NÖGIG können die Kunden selbst entscheiden, welchen Diensteanbieter sie auswählen und sind nicht an einen vorab gewählten Anbieter gebunden, wie dies in der Gemeinde momentan der Fall ist.

Nachdem das Glasfaser-Thema für viele BürgerInnen große Relevanz hat, schlägt die SPÖ Fraktion wie folgt vor:

- ➔ Eine mögliche Inanspruchnahme der Leistungen der NÖGIG soll von der Gemeinde überprüft werden und die Antwort der NÖGIG allen Fraktionen zugänglich gemacht werden.
- ➔ Eine gemeindeseitige Umfrage soll gestartet werden, um den Wunsch in der Gemeinde nach einem Glasfaseranschluss sichtbar zu machen und in der Folge für rasche Umsetzung zu sorgen, damit der unumgängliche Glasfaserausbau gezielt vorangetrieben werden kann.
- ➔ Wenn die Gemeindeführung bereits einen Plan zum flächendeckenden Glasfaserausbau hat, sollte dies rasch öffentlich gemacht werden. Eine Info-Veranstaltung wäre jedenfalls wünschenswert.
- ➔ Das Betreiben des Glasfasernetzes im Sinne des fairen Wettbewerbs soll nicht nur überwiegend einem Anbieter überlassen werden.

2. Zieselvorkommen beim öffentlichen Badesee in Trasdorf

In den letzten Monaten haben das Bewusstsein und die Sorge um den Bestand von Ziesel-Populationen beim Föhrensee sowie dem öffentlichen Badesee in Trasdorf massiv zugenommen. Gründe dafür waren einerseits die immer öfter gesichteten toten Ziesel auf den Straßen, die geplanten Baumaßnahmen auf den ehemaligen „Lintner-Gründen“ (zwischen der Dürnröhrer Straße (L2195) und dem Föhrensee) sowie die mediale Präsenz des Themas.

Die Zeiten, wo das Ziesel als „Ackerschädling“ galt und eine sogenannte „Schwoaferlprämie“ gezahlt wurde, sind schon lange vorbei. Denn mittlerweile steht das Ziesel auf der Roten Liste der gefährdeten Tierarten. Das Ziesel ist nicht nur EU-weit, sondern auch in NÖ durch das Naturschutzgesetz streng geschützt. Wichtigste Schutzmaßnahmen für Ziesel betreffen die Sicherung und Wiederherstellung ihres eigentlichen Lebensraumes - das sind Mager- und Trockenrasen, Weiden und Brachen. Diese Gebiete werden jedoch immer weniger. So auch im nördlichen Teil von Trasdorf, denn hier wird laufend jenes Gebiet verbaut, wo Ziesel leben. Wie auch im konkreten Fall auf den ehemaligen „Lintner-Gründen“, auf denen ein Bauträger ein riesiges Bauvorhaben mit mehr als 70 Wohneinheiten errichten möchte.

Laut Auskunft des Umweltgemeinderates von Atzenbrugg handelt es sich bei diesem Bauvorhaben um ein „noch nicht einmal eingereichtes Projekt“, wie in der NÖN zu lesen war. Konträr dazu weist die Immobilienfirma „KHG immo1“ dasselbe Bauvorhaben sehr wohl als Projekt aus, welches „mit der zuständigen Gemeinde abgestimmt wurde“.

In den letzten Monaten wurden etliche Behörden und Stellen von besorgten BürgerInnen über die Ziesel-Vorkommen sowie auch über die beginnende Bautätigkeit auf den besagten Gründen informiert bzw. alarmiert. Ein Baustopp wurde schließlich verhängt. BH Tulln, Umweltschutzbehörde, Naturschutzbund und die Bürgermeisterin als Baubehörde I. Instanz sind dabei involviert. Das in Auftrag gegebene artenschutzrechtliche Gutachten liegt nunmehr seit einigen Tagen vor und wurde den involvierten Behörden und Stellen bereits übermittelt.

Laut diesem Gutachten ist das Vorkommen der Ziesel auf den „Lintner-Gründen“ fachlich gesichert nachgewiesen. Die Umsetzung der geplanten Baumaßnahmen würde demnach in Widerspruch mit dem Schutz der Ziesel stehen, sofern keine entsprechenden Maßnahmen für die Tiere getroffen werden. Auf Anfrage wurde uns mitgeteilt, dass Gespräche zwischen Gemeinde, BH, Experten und der Fachabteilung des Landes (RU5) aufgenommen werden, um gemeinsam Maßnahmen zum Schutz der hiesigen Ziesel-Population zu erarbeiten. Solche Maßnahmen könnten u.a. sein: weitere Untersuchungen, Bauauflagen, eine ökologische Bauaufsicht durch Zieselexperten, eine Umsiedelung der Ziesel. Oder aber das Land NÖ erteilt eine Ausnahmegewilligung.

Aufgrund der noch nicht ganz klar erkennbaren Absichten der Gemeinde möchte die SPÖ Fraktion Folgendes berücksichtigen wissen:

- Die Gemeinde soll nicht nur das Gespräch mit den involvierten Behörden suchen um die Ziesel entsprechend zu schützen, sondern auch mit besorgten Anrainern und engagierten TierschützerInnen eine gute Gesprächsbasis finden.
- Im Sinne der Transparenz soll die Gemeinde die Öffentlichkeit über die Maßnahmen und den Status in Sachen Ziesel laufend informieren.
- Lösungen für aktuelle Probleme sollten zukünftig rascher umgesetzt werden, um nicht das Vertrauen der BürgerInnen in den Willen und in die Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu verlieren (z.B. Aufstellen von Ziesel-Warntafeln im Bereich Badensee-Deponie-Umspannwerk).
- Entgegen der Behauptung der ÖVP Fraktion in der Gemeinderatssitzung vom 7.4.2021 müssen die festgestellten Ziesel-Populationen in die Örtliche Raumplanung bzw. das Örtliche Entwicklungskonzept aufgenommen werden. Dies ergibt sich schon allein aus der von der Gemeinde erstellten Leistungsbeschreibung zur Überarbeitung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes vom 11.1.2021 (siehe Punkt Grundlagenerhebung/Naturräumliche Gegebenheiten/Besondere Arten und Habitate).



Sozialdemokratische Partei Österreichs

Ortsorganisation ATZENBRUGG

- ➔ In Zukunft sollte die Gemeindeführung im eigenen Interesse darauf achten, keine missverständlichen Aussagen in den Medien (siehe NÖN-Artikel „Ziesel“ vom 14. April 2021) zu platzieren.
- ➔ Auf das im Raum stehende Zuschütten der Ziesel-Baueingänge auf dem Gebiet des öffentlichen Badesees in Trasdorf sollte besser verzichtet werden, nachdem diese Maßnahme wenig dazu geeignet ist auszudrücken, dass die „Ziesel der Gemeinde am Herzen liegen“. Dies ließe sich auf andere Art besser beweisen, und zusätzlich scheint dieses Vorgehen nicht konform mit dem NÖ Naturschutzgesetz zu sein.

Atzenbrugg, am 8. Juni 2021